

hauptstadt magazin



**dbb berlin
erinnert
saumselige
Politiker!**





Liebe Leserinnen, liebe Leser,

vor fast einem Jahr hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil zu den Berliner Verstößen gegen die amtsangemessene Alimentation der Berliner Beamtinnen und Beamten gefällt. Sichtbare Konsequenzen sind bis heute ausgeblieben. Damit das längst erwartete Reparaturgesetz wie auch das überfällige Besoldungsanpassungsgesetz nicht klammheimlich in die nächste Legislaturperiode „verschoben“ werden, hat der dbb berlin im August führende Politiker mit Urkunden an ihre grundgesetzlich verankerten Pflichten gegenüber den Beamten erinnert. Seit dem 26. August verfolgt außerdem eine Mahnwache beim Roten Rathaus denselben Zweck.

Am 20. September werden in Berlin ein neues Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen gewählt. In einem Gastbeitrag für das hauptstadt magazin ruft die Präsidentin des Abgeordnetenhauses Berlinerinnen und Berliner dazu auf, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Auch im Oktober beginnen Wahlen, nämlich die zur Schwerbehindertenvertretung. Der dbb berlin stärkt den Schwerbehindertenvertretern im Vorfeld mit einer Schulung den Rücken. Schon das ganze Jahr über feiert die Berliner Feuerwehr ihr 175-jähriges Bestehen – und zwar im Dialog mit den Berlinerinnen und Berlinern, wie Landesbranddirektor Karsten Homrighausen betont. Ein weiterer Bericht ist dem Berliner Breitensport gewidmet. Am Beispiel des Traditionsvereins SV Blau-Gelb Berlin zeigen wir auf, welche wichtige ehrenamtliche Arbeit hier geleistet wird, aber auch, mit welchen Sorgen die Vereinsleitung immer wieder konfrontiert ist.

Gute Unterhaltung

wünscht Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Inhalt

Besoldungsreparatur

dbb berlin verteilt Erinnerungsurkunden	4
Mahnwache am Roten Rathaus	5
Sachstand Alimentation	6

Gespräch

dbb berlin beim Regierenden Bürgermeister	7
---	---

Gastbeitrag

Die Abgeordnetenhauspräsidentin zur Berlin-Wahl	8
---	---

SBV-Wahlen

dbb berlin bietet Schulung an	9
-------------------------------	---

Schulpolitik

Gespräch mit Senatorin Günther-Wünsch	10
Schulgesetzänderung begrüßt	10

Teilzeit

Kampagne der DPhV-Frauen	11
--------------------------	----

175 Jahre Berliner Feuerwehr

12

SV Blau-Gelb Berlin

Der Sport braucht eine starke Stimme	13
--------------------------------------	----

Unterhaltung

Preisrätsel	15
-------------	----

Letzte Seite

Schutzfonds gefordert	16
Wespe im Auto	16

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520. **Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:**

Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:**

Britta Dorr, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 23, gültig ab 1.1.2026. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

Titelbild: © dbb berlin, © christiane65 - stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die

Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die

Meinung des Herausgebers wieder.

Verfassungsgemäße Beamtenbesoldung

dbb berlin stellt saumseligen Politikern Erinnerungsurkunde aus

Auf die Sprünge helfen will der dbb berlin jetzt dem Berliner Senat und den Fraktionen des Abgeordnetenhauses bei der Erfüllung ihrer verfassungsrechtlichen Pflichten gegenüber den Landesbeamtinnen und Landesbeamten.

dbb Landeschef Frank Becker hat deshalb im August Erinnerungsurkunden überreicht, mit denen nicht nur der eindeutige beamtenrechtliche Verfassungsauftrag der Politik in Erinnerung gerufen wird, sondern auch ihr vom Bundesverfassungsgericht festgestellter jahrelanger Verfassungsverstoß bei der Beamtenbesoldung.



dbb Landeschef Frank Becker (l.) und seine Stellvertreterin Martina Riedel übergeben die Erinnerungsurkunde an den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Berliner Abgeordnetenhaus, Dirk Stettner.

„Mittlerweile liegt der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts fast ein Jahr zurück und noch immer ist keine Reparatur der über viele Jahre zu niedrigen Besoldung in Sicht, geschweige denn, dass die von ihrem Dienstherrn geprellten Beamtinnen und Beamten irgendeine Entschädigung erhalten hätten. Die Politik verschleppt das Unrecht vielmehr mit sinnlosen Zahlenspielerien und Recherchen darüber, welche Betroffenen sie wegen versäumter Widersprüche gegen das zu geringe Gehalt eventuell leer ausgehen lassen könnte. Mit der im Grundgesetz geforderten Fortentwicklung des Beamtenrechts ist aber ganz sicher nicht gemeint, dass gerechte Bezahlung nur noch bei pünktlichem Einlegen von Rechtsmitteln gewährt wird“, wies der dbb Landeschef derartige Überlegungen scharf zurück.



© Abgeordnetenhaus berlin

Besoldungsgesetze noch in dieser Legislaturperiode gefordert

Der dbb berlin erwartet vielmehr, dass die beurkundeten eindeutigen Verfassungsaufträge vom Gesetzgeber noch in dieser Legislaturperiode mit einem Reparaturgesetz aufgegriffen werden, das Ausgleichszahlungen für alle Geschädigten vorsieht! Um die im Grundgesetz verbrieft Alimentation sicherzustellen, ist darüber hinaus ein Gesetzentwurf zur Besoldungsanpassung überfällig.

Abgeordnetenhauspräsidentin Cornelia Seibeld (Mitte) wurde im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit in die Aktion einbezogen.

CDU-Fraktionschef Dirk Stettner reagierte am 10. August auf die ihm überreichte Urkunde wie folgt: „Die Union wird sich immer weiter für die faire Alimentierung aller Beamtinnen und Beamten einsetzen. Das haben wir in den letzten drei Jahren mit Nachdruck getan: Dienstrechtsreform, schnelle Angleichung an Tarif und Vorziehen der 1-Prozent-Anpassung, Laufbahnrechtsänderungen. Wir wollen ein Dienstverhältnis auf Augenhöhe miteinander – deswegen wird die Reparatur der Fehler der Vergangenheit vor unserer Regierungszeit zusammen mit der Besoldungsstrukturereform ein wesentlicher Teil zukünftiger Koalitionsverhandlungen für uns sein.“

Frage des Rechts und der Wertschätzung

Im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit wurde Parlamentspräsidentin Cornelia Seibeld am selben Tag ebenfalls eine Erinnerungsurkunde zur Kenntnis übergeben, die die dbb Aktion ebenfalls kommentierte: „Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation machen deutlich, dass die Besoldung der Beamtinnen und Beamten nicht beliebig gestaltbar ist. Sie muss rechtlichen Vorgaben entsprechen – und zugleich Wertschätzung und Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes widerspiegeln.“

Dabei ist klar: Die finanziellen Spielräume der öffentlichen Haushalte bleiben begrenzt. Umso wichtiger ist es, verantwortungsvoll mit öffentlichen Mitteln umzugehen und gleichzeitig die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern. Eine angemessene Besoldung ist nicht nur eine Frage des Rechts, sondern auch eine Frage der Wertschätzung für diejenigen, die täglich Verantwortung in unserem Staat übernehmen.“

Reparatur hat oberste Priorität

Einen Tag später, am 11. August, wurde Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki in Vertretung von Finanzsenator Stefan Evers ebenfalls mit einer Urkunde bedacht. Seine Reaktion: „Einer Erinnerung bedarf es nicht. Das Thema hat oberste Priorität und alle Vorarbeiten sind getan. Die Tragweite ist allerdings



groß. Wir reden über finanzielle Dimensionen, die das Potenzial haben, den Landeshaushalt auf Jahre zu sprengen und zugleich das kollegiale Miteinander im öffentlichen Dienst zu gefährden. Gerade deshalb braucht es die gebotene Sorgfalt: Die Folgen müssen umfassend abgewogen und rechtssichere, finanzierbare und faire Lösungen gefunden werden.“

Die Urkunde für die Senatsverwaltung für Finanzen nahm Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (Mitte) entgegen.

Der Termin für die Übergabe der Erinnerungsurkunde an den Sprecher der SPD-Fraktion für Personal und Verwaltung, Jan Rauchfuß, am 27. August lag bedauerlicherweise nach Redaktionsschluss. ■

Mahnwache am Roten Rathaus!

Seit dem 26. August erinnert eine gemeinsame Mahnwache von DPoIG Berlin und dbb berlin die Berliner Politik an ihre Pflicht, endlich für eine verfassungsgemäße Alimentation zu sorgen.

Bis zum 19. September wird mit der Wache auf ein verbindliches politisches Handeln in Sachen amtsangemessene Alimentation gedrängt.

dbb berlin und DPoIG Berlin erwarten dazu einen klaren Fahrplan, Transparenz für die Betroffenen und eine faire, umfassende Lösung – für die offenen Fälle ebenso wie für eine dauerhaft verfassungsgemäße Besoldung in der Zukunft.

Denn amtsangemessene Alimentation ist keine freiwillige Leistung des Dienstherrn, sondern seine verfassungsrechtliche Pflicht!



Amtsangemessene Alimentation

Das ist der Sachstand in Berlin

Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki hat den dbb berlin ausführlich über den derzeitigen Sachstand der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Reparatur der A-Besoldung in den Jahren 2008 bis 2020 informiert.

Danach hat Berlin, um die vom Bundesverfassungsgericht für die Reparatur gesetzte Frist bis zum 31. März 2027 einzuhalten, folgende Schritte vorgesehen beziehungsweise bereits in Angriff genommen:

- Der Entwurf eines Reparaturgesetzes, das alle Besoldungsordnungen umfasst, wird derzeit im parlamentarischen Raum abgestimmt. Um Zeitverlust zu vermeiden, hat der Finanzsenator eine Parlamentsinitiative anstelle des Gesetzgebungsverfahrens über den Senat gestartet.
- Eine Taskforce, die die betroffenen Personalstellen in Berlin zusammenführt und die notwendigen operativen Vorarbeiten für die späteren Nachzahlungen bestmöglich erledigt, wurde unmittelbar nach dem Gerichtsbeschluss eingerichtet, damit zeitnah nach Verkündung des Reparaturgesetzes eine Auszahlung der Nachzahlungsbeträge erfolgen kann.
- Parallel laufen die weiteren Prüfungen und Berechnungen ab dem Jahr 2021, um zu gewährleisten,

dass auch die Jahre nach 2020 rechtskonform ausgestaltet werden. Diese Arbeiten beinhalten gleichzeitig die Vorbereitungen für eine umfassende Besoldungsstrukturereform für das Land Berlin.

- Für die anstehende umfassende Besoldungsstrukturereform wurde auf Fachebene der Entwurf eines einheitlichen Landesbesoldungsgesetzes, der die bisher zwei bestehenden Besoldungsgesetze im Land Berlin redaktionell zusammenführt, erarbeitet. Der Entwurf durchläuft derzeit die Verwaltungs- und Verbändebeteiligung.

Becker moniert Geburtsfehler!

Für dbb Landeschef Frank Becker leiden die – zweifellos äußerst umfänglichen – Bemühungen der Senatsverwaltung an einem ganz entscheidenden Geburtsfehler: Die individuelle Berechnung der Nachzahlung muss für alle Beamten stattfinden!! Es kann einfach nicht sein, dass die Beamtinnen und Beamten Rechtsmittel einlegen müssen, um ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht auf eine amtsangemessene Alimentation zu erhalten. ■

Viel komplizierter als „Bild“ berichtet!

Mittlerweile hat die Bild-Zeitung eine stark vereinfachte Beispielrechnung über künftige Nachzahlungen aufgrund der Besoldungsreparatur veröffentlicht.

So einfach, wie in „Bild“ berechnet, ist es allerdings nicht, führt die Senatsverwaltung für Finanzen dazu aus.

Denn weder der Familienstand und die Kinderzahl wurden berücksichtigt noch das berufliche Fortkommen in dem Zeitraum zwischen 2006 und 2020. Nur die wenigsten Dienstkräfte dürften über

diese Zeitspanne hinweg ein und derselben Besoldungsgruppe angehören. Vielmehr sei im mittleren Dienst eine Entwicklung von A 6 nach A 8 oder im gehobenen Dienst von A 9 nach A 12 denkbar, heißt es aus der Senatsverwaltung.

Die Nachzahlung muss deshalb in jedem Einzelfall anhand der persönlichen Biografie berechnet werden.

dbb Gespräch mit dem „Regierenden“

Beim Katastrophenschutz muss nachgearbeitet werden!

Zentrale Themen der öffentlichen Verwaltung haben der dbb Landesvorsitzende Frank Becker und sein Stellvertreter Torsten Jaehne am 3. August 2026 mit dem Regierenden Bürgermeister Kai Wegner im Roten Rathaus diskutiert. Wegner, der im Laufe der zu Ende gehenden Legislaturperiode wichtige Reformprojekte, insbesondere die überfällige Verwaltungsreform, auf den Weg gebracht hat, räumte ein, dass es beim Katastrophenschutz bislang noch nicht gelungen sei, klare Entscheidungsstrukturen zu etablieren. Hier müsse in der nächsten Legislaturperiode nachgearbeitet werden.



Regierender Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner, dbb Landesvorsitzender Frank Becker und stellvertretender dbb Landesvorsitzender Torsten Jaehne (von links).

- › Auch in Sachen Gewaltschutz für die Beschäftigten der Landesverwaltung, ergänzte dbb Landeschef Frank Becker, bestehe dringender Handlungsbedarf – und zwar noch in dieser Legislaturperiode. Tatsächlich werden Gewaltvorfälle trotz anderslautender Zusagen der zuständigen Innensenatorin immer noch nicht zentral erfasst und ausgewertet. Wegner sagte zu, den Sachstand umgehend zu erfragen.
- › Keinen Aufschub mehr, so Becker, erlaubten auch die wichtigen Besoldungsanliegen: Reparatur vergangener Unterbezahlung und Sicherung einer amtsangemessenen Bezahlung jetzt und in Zukunft.
- › Der Meinungsaustausch mit dem Regierenden Bürgermeister verlief in gewohnt offener, sachlicher und verständnisvoller Atmosphäre. ■

Wichtige Reformgesetze gehen ins Parlament

Der Berliner Senat hat am 11. August mit der Dienstrechtsreform II und der Novelle zum Personalvertretungsgesetz zwei wichtige Reformgesetze für den Landesdienst beschlossen und an das Abgeordnetenhaus zur endgültigen Verabschie-

dung weitergeleitet. Auch wenn der dbb berlin noch weiteren Veränderungsbedarf bei den Entwürfen sieht, drängt er darauf, dass beide Gesetze noch in der laufenden Legislaturperiode vom Parlament beschlossen werden.



Abgeordnetenhaus startet überparteiliche Kampagne zur Berlin-Wahl

Gastbeitrag von Cornelia Seibeld, Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin



Am 20. September 2026 wählen die Berlinerinnen und Berliner ein neues Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen. Erstmals dürfen bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Mit der überparteilichen Kampagne „Wähl dir dein Berlin“ möchte das Abgeordnetenhaus möglichst viele Wahlberechtigte dazu motivieren, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Plakate im gesamten Stadtgebiet, digitale Angebote und zahlreiche Unterstützerinnen und Unterstützer*) machen die zentrale Botschaft sichtbar: Demokratie lebt davon, dass sich Menschen beteiligen.

Damit aus dieser Beteiligung verbindliche demokratische Entscheidungen werden, braucht es verlässliche staatliche Strukturen. Denn wie eng politische Teilhabe, ein funktionierender Staat und demokratische Legitimation miteinander verbunden sind, zeigt sich nicht zuletzt in der Arbeit des öffentlichen Dienstes. Seine Beschäftigten leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, dass demokratische Verfahren ordnungsgemäß umgesetzt werden. Ganz praktisch zeigt sich das etwa bei der Führung der Wählerverzeichnisse, der Organisation der Wahllokale oder der Auszählung der Stimmen: Ohne den Einsatz der

Verwaltungsbeschäftigten und zahlreicher ehrenamtlicher Wahlhelfender wären Wahlen nicht durchführbar.

Für den dbb und seine Mitglieder ergibt sich daraus eine doppelte Verantwortung. Als Interessenvertretung setzen sie sich für eine leistungsfähige und angemessen ausgestattete Verwaltung ein – die Voraussetzung dafür, dass demokratische Verfahren überhaupt funktionieren können. Als Teil der Zivilgesellschaft tragen sie zugleich die Bedeutung politischer Teilhabe in die Öffentlichkeit.

Diese Verantwortung lässt sich im Alltag einlösen: Die Kampagne ist parteipolitisch strikt neutral. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes können sie unterstützen, indem sie im beruflichen wie im privaten Umfeld an den Wahltermin erinnern und demokratische Beteiligung vorleben. Denn wer täglich zum Funktionieren des Staates beiträgt, weiß um den Wert der demokratischen Institutionen, über deren Zusammensetzung am 20. September 2026 entschieden wird. ■

*) Auch der dbb berlin zählt zu den Unterstützern.

Wahlen zur Schwerbehindertenvertretung

dbb berlin bietet Schulung an

Vom 1. Oktober bis 30. November 2026 finden die nächsten regulären Wahlen der Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen statt.

Grund genug für den dbb berlin, seinen Fachgewerkschaften angehörenden Vertretern am 19. September 2026 mit einer Schulung nochmals den Rücken zu stärken. Bei der Veranstaltung wird es sowohl um den Ablauf der Wahlen als auch um wichtige Fragen des Schwerbehindertenrechts gehen.

Die Schwerbehindertenvertretung (SBV) ist die betriebliche Interessenvertretung von Menschen mit Behinderungen und ihnen gleichgestellten Personen. Sie ist Ansprechpartner in den einzelnen Verwaltungen, wenn es darum geht, dass die geltenden Vorschriften zugunsten schwerbehinderter Menschen eingehalten werden. Sie unterstützt die schwerbehinderten Menschen in den Dienststellen und beantragt in ihrem Sinne Maßnahmen bei den zuständigen inner- und außerbetrieblichen Stellen. Ob Anregungen zur Arbeitsstelle oder zum Arbeitsverhältnis – die Schwerbehindertenvertretung achtet auf Umsetzung beim Dienstherrn. Die regulären Wahlen der Schwerbehindertenvertretung finden alle vier Jahre statt, jeweils im Zeitraum vom 1. Oktober bis 30. November.

Die Wahl der Schwerbehindertenvertretung erfolgt in geheimer und unmittelbarer Wahl durch die wahlberechtigten schwerbehinderten Beschäftigten der Dienststelle. Organisiert wird sie vom Wahlvorstand, der Wahlvorschläge sammelt, den Wahltermin festlegt und die Stimmauszählung durchführt. Je nach Betriebsgröße kommt entweder das normale oder das vereinfachte Wahlverfahren zum Einsatz.

Wahlberechtigt sind alle schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten Beschäftigten der Dienststelle. Wählbar ist grundsätzlich jede wahlberechtigte Person, sofern sie seit mindestens sechs Monaten der Dienststelle angehört. Voraussetzung für die Durchführung der Wahl ist außerdem, dass in der Dienststelle regelmäßig mindestens fünf schwerbehinderte Menschen beschäftigt sind. ■



Geh' den ersten Schritt!

Vertrauenspersonen gesucht. Engagiere dich als Schwerbehindertenvertretung.

bih.de/sbv-wahl



Mängel beim inklusiven Katastrophenmanagement

Die Belange von Menschen mit Behinderungen sind beim Stromausfall Anfang des Jahres in Berlin nur unzureichend berücksichtigt worden. Das hat die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Christine Braunert-Rümenapf, in einem Verstößebericht festgestellt.

Problembereiche seien die Barrierefreiheit von Informationen, die Ausgestaltung der Notunterkünfte, Katastrophenschutzleuchttürme und Informationspunkte, die systematische Berücksichtigung gemeinschaftlicher Wohnformen sowie die Auffindbarkeit und Versorgung von Menschen mit Behinderungen in Privatwohnungen.

Im Bericht wird eine Reihe von Empfehlungen zur besseren Berücksichtigung dieser Rechte im inklusiven Katastrophenmanagement formuliert, die sich sowohl an den Senat als auch an die Bezirke richten.

Braunert-Rümenapf: „Sowohl bei der Bewältigung als auch bei der Aufarbeitung der Großschadenslage in Berlin im Januar 2026 sind deutliche Defizite zu erkennen. Der Aufbau eines inklusiven Katastrophenmanagements muss zu den prioritären Zielen der nächsten Legislatur gehören. Dabei müssen Menschen mit Behinderungen als Expertinnen und Experten in eigener Sache systematisch einbezogen werden.“

Der Verstößebericht steht zum Download bereit unter: www.berlin.de/lb/behi/service/veroeffentlichungen/verstoessebericht/. ■

Gespräch mit Bildungssenatorin Günther-Wünsch

Breiter Konsens in schulpolitischen Fragen

Ein ausgesprochen konstruktives Gespräch haben Vertreter des dbb berlin und seiner Bildungsgewerkschaften am 24. August 2026 mit Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch geführt.

Auf der Agenda standen so wichtige Fragen wie die Arbeitszeiterfassung für Lehrerinnen und Lehrer, die Verteilung der Lehrkräfte auf die Bezirke und die Digitalisierung an den Schulen. Einig waren sich die Gesprächsteilnehmer insbesondere darüber, dass sowohl bei der Digitalisierung als auch bei anderen unterrichtsfremden Tätigkeiten eine Entlastung der Lehrkräfte notwendig ist. Bei der Verteilung der

Lehrkräfte wurde übereinstimmend ein Modell bevorzugt, das den Schulen weitestgehende Entscheidungsmöglichkeiten einräumt.

Auch dem Ausbau der Schulpsychologie gegenüber zeigte sich die Senatorin offen, die aufgrund ihrer früheren Tätigkeit als Schulleiterin in Neukölln über einen erfreulichen Praxisbezug verfügt. ■

Thomas Schenk, stellvertretender Landesvorsitzender VBE Berlin, Frank Becker, dbb berlin, Senatorin Katharina Günther-Wünsch, Kathrin Wienczek, Vorsitzende phv Berlin-Brandenburg, und Thorsten Rentoulas-Oehlschläger, Vorsitzender lehrer berlin (von links)

Gefährdungslagen an Schulen

dbb berlin unterstützt Änderungen am Schulgesetz

Der dbb berlin hat im Schulgesetz vorgesehene Änderungen im Fall von erheblichen Gefährdungs- und Bedrohungslagen begrüßt. Vorgesehen ist in konkret definierten Situationen insbesondere ein Ruhen der Schulpflicht.

In einem Schreiben des dbb berlin an die Senatorin für Bildung, Jugend, Familie und Gesundheit, Katharina Günther-Wünsch, heißt es dazu unter Hinweis auf die hohe Bedeutung der Schulpflicht als tragenden Bestandteil des staatlichen Bildungs- und Erziehungsauftrags: „Der dbb berlin erkennt an, dass der Entwurf einen wichtigen Beitrag leisten kann, um Schulen in gravierenden Gefährdungs- und Bedrohungslagen rechtssichere und wirksame Handlungsmöglichkeiten zu geben. Er beschränkt das Ruhen der Schulpflicht auf erhebliche Gefährdungen, verlangt konkrete und dokumentierte Tatsachen und sieht die Prüfung milderer Mittel vor.“

Positiv sei außerdem, dass das Verfahren nicht allein bei der Schule liegen soll, sondern die Schulhilfekonferenz, schulpsychologische und inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren sowie die Schulaufsicht einbezieht. Schulen brauchen bei

erheblichen Gefährdungs- und Bedrohungslagen schnelle, rechtssichere und wirksame Handlungsmöglichkeiten, heißt es weiter in der Stellungnahme des dbb berlin, der sich seit Langem entschieden für den Schutz der Beschäftigten vor Gewalt einsetzt. Lehrkräfte, pädagogische Beschäftigte, weiteres schulisches Personal sowie Mitschülerinnen und Mitschüler müssten konsequent geschützt werden. Gewalt, Bedrohungen und Übergriffe gegen Beschäftigte dürften im Schulalltag nicht hingenommen oder relativiert werden.

Die Neuregelung, betont der dbb berlin schließlich in seiner Stellungnahme, dürfe allerdings in der Praxis nicht zu zusätzlicher Belastung für die Schulen führen. ■

Teilzeit ist **nicht** halbe Arbeit.

Weniger Stunden bedeuten nicht weniger Verantwortung.



Planbarkeit statt
Dauerimprovisation



Echte Entlastung statt
verdeckter Mehrarbeit



Rückkehrperspektiven
statt Karriereknick



Für faire Teilzeit im Lehrberuf

Frauen im DPhV

© dphv

Teilzeitkampagne der dbb frauen

Teilzeit darf nicht zur Falle werden!

Faire Teilzeitbedingungen fordern die Frauen des Deutschen Philologenverbandes und verweisen auf die ernüchternden Ergebnisse einer Studie von DPhV und der Universität Rostock. Danach wählen Lehrkräfte, insbesondere Frauen, Teilzeit nicht wegen der Familie, sondern um das Arbeitspensum überhaupt noch zu bewältigen.

Denn Gymnasiallehrerinnen arbeiten im Schnitt 1,5 Stunden mehr pro Woche als ihre männlichen Kollegen, weil sie überdurchschnittlich oft Fächer mit hohem Korrekturaufwand übernehmen, mehr individuelle Betreuung leisten und mehr außerunterrichtliche Verantwortung tragen. Doch die Entlastung bleibt meist aus: Unterhältig Beschäftigte leisten sogar bis zu sieben Stunden unbezahlte Mehrarbeit pro Woche.

Teilzeit ist damit weniger Vereinbarkeitsinstrument als Überlebensstrategie – auf Kosten von Gesundheit, Einkommen und späterer Pension.

Teilzeit dürfe nicht zur Falle werden, fordern die DPhV-Frauen auch im Rahmen der Teilzeitoffensive der Frauenvertretung des dbb berlin. Gleichstellung, Gesundheit und berufliche Perspektiven müssen Hand in Hand gehen!

15.08.

10-17 UHR

TAG DER
OFFENEN TÜR



175 Jahre Berliner Feuerwehr

Mission für Berlin

Berlin verfügt über die älteste und größte Berufsfeuerwehr Deutschlands. Seit mittlerweile 175 Jahren sorgt sie zusammen mit der Freiwilligen Feuerwehr für Sicherheit in der Hauptstadt. Grund genug zum Feiern, und zwar zusammen mit den Berliner Bürgern, die das ganze Jahr über zu vielen Veranstaltungen eingeladen waren beziehungsweise noch sind.

„Der Kontakt mit der Öffentlichkeit ist der Feuerwehr wichtig. Drei Themenblöcke stehen dabei im Vordergrund“, wie Landesbranddirektor Karsten Homrighausen beim Tag der offenen Tür in der Feuerwache Steglitz Anfang August, dem hauptstadt magazin gegenüber betonte.

Zum einen gehe es natürlich darum, die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr zu präsentieren, zum anderen würden aber auch Selbsthilfe und Resilienz der Bürgerinnen und Bürger thematisiert. „Die Feuerwehr wird viel zu viel gerufen“, stellt der Landesbranddirektor in diesem Zusammenhang fest. Viele leichte Verletzungen könnten auch in Eigenregie versorgt werden.

Schließlich wirbt die Feuerwehr bei ihren Veranstaltungen in fast allen Berliner Stadtteilen unter anderem mit spektakulären Vorführungen aus ihrem vielfältigen und spannenden Berufsalltag um Nachwuchs. In der Feuerwache Steglitz etwa konnten die Besucher live erleben, wie ein Unfallwagen zerlegt wird, um eingeschlossene Insassen zu retten.



Aktuell leisten über 7.400 hauptberufliche und ehrenamtliche Feuerwehrangehörige, mit jährlich weit über einer halben Million Einsätzen medizinische und technische Gefahrenabwehr (Stand 2024: 532.157 Einsätze), heißt es auf der Homepage der Berliner Feuerwehr. Das bedeutet, dass in jeder Minute eines Jahres ausgerückt wird.

„Ohne den Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr wäre das gar nicht zu bewältigen“, unterstreicht Homrighausen, der generell den Einsatz von Ehrenamtlern für das Funktionieren unserer Gesellschaft hervorhebt.

Aus Freiwilligen seien überhaupt erst Wehren entstanden, erinnert der Landesbranddirektor. Nachdem erkannt worden sei, dass Hausbrände auch von innen her gelöscht werden müssen, hätten sich zunächst Turner, die sowohl körperlich als auch mental fit waren, dieser gefährlichen Arbeit angenommen.

Wer noch viel mehr über die Leistungsfähigkeit der Berliner Feuerwehr erfahren und simulierte Einsätze bestaunen will, hat noch bis zum Jahresende auf vielen Jubiläumsveranstaltungen dazu Gelegenheit. So öffnen noch im September die Feuerwachen Köpenick (12. September) und Friedrichshain (19. September) ihre Tore.

Weitere Veranstaltungen bis zum Jahresende unter: <https://www.berliner-feuerwehr.de/ueber-uns/175-jahre-berliner-feuerwehr/>

Beim Feuerwehrjubiläum in Steglitz: dbb Landeschef Frank Becker, Landesbranddirektor Karsten Homrighausen und stellvertretender dbb Landesvorsitzender Torsten Jahne (von rechts)

Der Sport braucht eine starke Stimme!

Die Olympiabewerbung für die Jahre 2036, alternativ 2040 oder 2044 hat dem Sport in Berlin große politische Beachtung beschert (siehe Juli/August-Ausgabe des hauptstadt magazins). Ob sie auch für den Breitensport mit seinem hohen sozialen Engagement gereicht hat, wollte das hauptstadt magazin vom Präsidenten eines großen Berliner Sportvereins, Mirko Schubert, wissen.

Seit März dieses Jahres steht Schubert, der schon seit über 25 Jahren verschiedenste ehrenamtliche Funktionen in dem Verein übernimmt, an der Spitze des SV Blau-Gelb Berlin e. V. Der Verein, der rund tausend Mitglieder zählt – davon über die Hälfte Jugendliche und Kinder –, ist breit aufgestellt und bietet Fußball, Hockey, Boxen, Gewichtheben sowie Allgemeinsport an. Trainiert wird auf einem städtischen Sportgelände mit Stadion und mehreren Kunstrasen- und Rasenplätzen.

„Wir sind hier gut aufgestellt und auch die Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Pankow funktioniert einwandfrei. Das habe ich auch bei der Feier zu unserem 75-jährigen Bestehen im Juni dieses Jahres betont, bei der wir viele hochkarätige Gäste begrüßen durften“, schildert Schubert die zunächst zufriedenstellende Ausgangslage.

Trotzdem schaut der Präsident nicht unbesorgt in die Zukunft. Kopfschmerzen bereitet insbesondere die Rekrutierung der samt und sonders ehrenamtlichen Kräfte, die den Sportbetrieb organisieren. „Ein Jugendtrainer“, rechnet Schubert beispielhaft vor, „opfert an mindestens zwei Trainingsabenden in der Woche seine Freizeit und verbringt zusätzlich zahlreiche Wochenenden bei Wettkämpfen auf dem Sportplatz. Die Aufwandsentschädigung, die der Verein mit seinen sozial verträglichen, niedrigen Beitragseinnahmen gewähren kann, deckt kaum die Fahrtkosten und Parkgebühren. Bleibt als Motivation unser Vereinsleben und die Rahmenbedingungen. Hilfreich wäre es, wenn unsere Ehrenamtlichen von staatlicher Seite mit Zeichen der Wertschätzung motiviert würden.“

Mehr staatliche Förderung wäre allerdings auch überfällig, denn schon längst geben ehrenamtliche Trainer und Betreuer keine reine „Sportstunde“ mehr, sondern leisten aufgrund kultureller Unterschiede und sozialer Gefälle knallharte Sozialarbeit.



© SV Blau-Gelb (3)

Vereinspräsident Mirko Schubert beim 75-jährigen Jubiläum des SV Blau-Gelb



Sportsenator gefordert

Ideen, wie Wertschätzung konkret aussehen könnte, hat der Blau-Gelb-Präsident genug: Angefangen von einem ermäßigten Ehrenamtssticket im öffentlichen Nahverkehr über Freikartenkontingente bei großen Sportevents bis hin zur kostenfreien Parkerlaubnis an Sportstätten in der Stadt reichen die Möglichkeiten. Was dagegen völlig fehlt, ist ein durchsetzungsstarker und kompetenter Ansprechpartner, der eine Umsetzung dieser Vorschläge ermöglicht. „Der Breitensport braucht eine starke Stimme, die sich mit den Besonderheiten des Metiers auskennt, einen Senator für Sport in Berlin und einen Sportminister auf Bundesebene“, fordert Schubert. „Die Kultur hat ein starkes Resort, der Sport nicht. Dabei sind wir nicht nur Kultur-, sondern auch Sporthauptstadt.“ Eine an ein Ressort angehängte Zuständigkeit – in Berlin die Senatsinnenverwaltung – reiche in der Praxis gerade mal aus, um Sicherheit bei Sportgroßveranstaltungen zu gewährleisten oder bauliche Belange zu regeln. Die eh-



renamtlichen Akteure blieben komplett außen vor und müssten sogar fällige „Knöllchen“, die durch Parkzeitüberziehungen bei Wettkämpfen entstehen, selbst berappen. Die Nutzung des viel gerühmten Lastenfahrads ist hier übrigens keine Lösung, denn die Pkws der Trainer sind stets randvoll mit Bällen, Minitoren und Trikots beladen.

Verhängnisvoller Wettbewerb

Selbst gut gemeinte gesetzliche Maßnahmen wie die erhöhte steuerliche Freigrenze für Übungsleiter schädigen sogar Vereine, und zwar ausgerechnet die, die ihre Beiträge an der staatlichen Förderung für einkommensschwache Familien orientieren. Denn mit ihren überschaubaren Mitteln müssen sie Trainer, Sportmaterialien und Trikots finanzieren, so dass die Einnahmen für eine Erhöhung der Übungsleiterpauschalen nicht ausreichen. „Wenn nicht mehr reinkommt, kann auch nicht mehr bezahlt werden, selbst wenn es steuerfrei wäre“, so Schubert. Die bittere Konsequenz ist ein verhängnisvoller Wettbewerb: Ehrenamtliche werden von Vereinen abgeworben, die höhere Beiträge generieren können, sehr zum Schaden der Kinder, die Betreuung und Integration in besonderem Maße benötigen. Zwar sind FSJler eine starke Unterstützung der Vereins- und Jugendarbeit, doch aufgrund der auch hierfür immer weiter steigenden Kosten für viele Vereine kaum noch bezahlbar. Zudem ist auch das Kontingent des Landessportbunds begrenzt.

„Gut, dass Berlin Sportstätten baut und saniert, aber es fehlt das bezahlbare und qualifizierte Personal, um sie zu bespielen. Nicht nur unser Verein hat ellenlange Wartelisten. Die Politik muss dringend die Ehrenamtlichen stärken, denn die sind es, die den Breitensport zum Laufen bringen“, fordert der Vereinspräsident. Auch in Anbetracht des pädagogi-

schen Werts des Sports regt er deshalb an, die Verantwortlichkeit für den Sport in Berlin zumindest an ein verwandteres Ressort, etwa „Jugend und Familie“ oder „Schule und Bildung“ zu übertragen. Beide hätten deutlich mehr Schnittstellen mit dem Breitensport.

Auch müsse die Politik Bedeutung und Rolle des Ehrenamts für das tägliche Funktionieren unseres Landes in seiner gesamten Breite erkennen, fordert der Vereinspräsident. Seine besondere Förderung, auch über den Sport hinaus, sei längst überfällig. Denn bei Ausfall der Ehrenamtler wäre es finsterner als nach dem Stromausfall im Frühjahr, prognostiziert Schubert.

Leuchtturm Olympia

Auch zur Berliner Olympiabewerbung bezieht der Blau-Gelb-Präsident klar Position: „Das Land braucht ein neues Sommermärchen. Schluss mit den Problemdebatten um Kosten und Risiken. Olympia wäre ein Leuchtturm, der die von Politik und Alltag enttäuschten Menschen begeistern und womöglich auch zum gesellschaftlichen Engagement bewegen kann.“

Schließlich wäre es auch für die Vereinsjugend des SV Blau-Gelb außerordentlich motivierend, wenn auf ihren Sportplätzen Athletinnen und Athleten der Olympischen Spiele oder der Paralympics trainierten.

Ehrenamtliche gesucht!

Wer den SV Blau-Gelb im Nordosten Berlins im sportlichen oder administrativen Bereich mit Rat oder Tat unterstützen will, wende sich an: vorstand@svblaugelb.de.

musika- lisches Bühnen- werk	↖	ein Planet	↖	Kapital- gesell- schaft (Abk.)	Unsere Gewinnerin Wir gratulieren Linda Tiebel, 12489 Berlin, der Gewinnerin unseres Juli/August-Preisrätsels, zu vier Stunden Entspannung im Vabali-Wellness- Resort. Das Lösungswort war „Eiskugel“.										schma- ler Weg	↖	Würdi- gung	↖	Stimm- zett- behälter		
amerika- nischer Berg- löwe	→		↖												weit ab- gelegen	→					
↖			↖	Verhält- niswort											↖						Stachel- tier
leicht bitter oder sauerlich	↖			↖											↖					↖	Wasser- fahrzeug
Sahne	↖	Geräusch beim Zer- brechen von Glas	↖	magnet. Aufzeich- nungs- material	↖	einüben, sich an- eignen	↖	Kuh- antilope	↖	nach- zeichnen, kopieren	Nacht- lager für Verheir- atete	↖	deutlich	↖	eine Zahl	Richter- spruch	↖	engli- sche Graf- schaft			
kleines Fische- reifahr- zeug	→							Geburts- narbe	→			↖			Feuer- kröte	→					
↖					schläfrig; erschöpft	↖	Blatt- werk der Bäume	→				↖	Frisier- mittel	→		↖	4				
somit, mithin		Bezeich- nung	→		↖	5	Wüsten- insel	↖	großes Gewässer	→					schwarzer, metallisch glänzender Singvogel	↖	runde Schnee- hütte	↖	Kletter- pflanze		
↖					Urgroß- vater (Kose- wort)	→					↖	lang- schwän- ziger Papagei	→	Teil des Buches							
derb, rau		Wett- kampf- stätte; Manege	→						störend	→								süddt.: ohnehin, sowieso (ugs.)			
↖			↖	6	Nach- tisch, Nach- speise	→								von Bäu- men ge- säumte Straße	→			↖	2		
Leid, Schmerz		Sand- anhäu- fung, -hügel	→						unbe- rührte Land- schaft	→						großer Nacht- vogel	→				

Fünf Kaffeebecher

... schön verziert mit einem Emblem des dbb berlin und dem Logo der BBBank warten dieses Mal auf die Gewinner unseres Preisausschreibens.

Raten Sie mit und schicken Sie Ihre Lösung an:

dbb berlin
post@dbb.berlin
Fax: 030.327952-20

Einsendeschluss ist der 15. September 2026.

Die Gewinne werden unter den richtigen Einsendungen verlost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© dbb berlin

PREISRÄTSEL



Schutzfonds gefordert

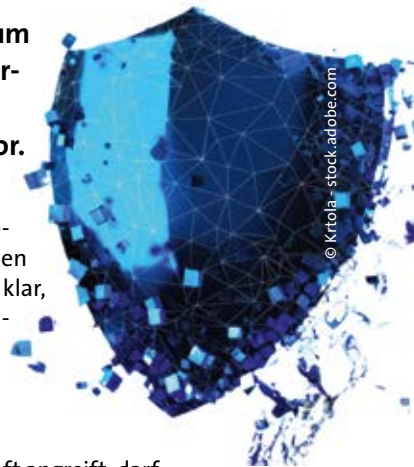
Die DPolG Berlin sorgt sich wegen des wachsenden islamistischen Terrors um die Versammlungsfreiheit. Damit auch kleinere und nicht kommerzielle Veranstalter die gestiegenen Sicherheitsanforderungen noch bewältigen können, schlägt die Gewerkschaft die Bildung eines staatlichen Schutzfonds vor.

Aktueller Anlass für die DPolG-Initiative war die Absage des Berliner „Zugs der Liebe“ nach dem Terroranschlag beim Christopher Street Day. Aber auch bei Weihnachtsmärkten, Straßenfesten oder Demonstrationen gerieten die Veranstalter wegen der gestiegenen Sicherheitsanforderungen organisatorisch und finanziell an ihre Grenzen.

Mit dem vorgeschlagenen Schutzfonds sollen nach den Vorstellungen der DPolG Berlin außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen wie mobiler Zufahrtsschutz, Fahrzeugsperrungen, Sicherheitsplanungen oder weitere veranstaltungsbezogene Schutzmaßnahmen

finanziert werden. Die Gefahrenabwehr und der Schutz der öffentlichen Sicherheit, stellt die Gewerkschaft klar, dürfen dagegen als staatliche Kernaufgaben weder organisatorisch noch finanziell auf private Veranstalter verlagert werden.

„Wer unsere freiheitliche Gesellschaft angreift, darf nicht erreichen, dass Weihnachtsmärkte, Straßenfeste oder Demonstrationen am Ende an den Kosten für ihre Sicherheit scheitern“, begründete DPolG-Landeschef Bodo Pfalzgraf den Vorstoß seiner Gewerkschaft. ■



Wespe im Auto

Ruhe bewahren!



Aktuell sind Wespen wieder besonders aktiv und machen auch vor Autos nicht halt. Eine einzige Wespe im Innenraum reicht aus, um viele Fahrer aus der Ruhe zu bringen.

Panikreaktionen, die auf der Terrasse oder in der Eisdiele meist glimpflich enden, können aber im Auto gefährlich werden. Wer erschrickt, wild nach der Wespe schlägt oder abrupt lenkt und bremst, riskiert schnell einen Unfall. Die

HUK-COBURG rät: Ruhe bewahren, nicht anpusten, Geschwindigkeit reduzieren, Warnblinker einschalten, Fenster und Türen öffnen!

Kommt es durch eine Schreckreaktion zu einem Unfall, übernimmt die Kfz-Haftpflichtversicherung die Schäden anderer Beteiligter. Für den Schaden am eigenen Auto kommt in den meisten Fällen die Vollkaskoversicherung auf.